

Gesamtschau neu aufgleisen

Eine Allianz für eine nachhaltige Landwirtschaft sieht in der Gesamtschau einen stark verbesserungsfähigen Ansatz für die Weiterentwicklung der Schweizer Agrarpolitik. Sie fordert den Bundesrat auf, über die Bücher zu gehen, alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit sowie den klaren Auftrag vom 24. September 2017 zu berücksichtigen.

Die am 1. November vom Bundesrat vorgestellte Gesamtschau zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik gefährdet mit dem beabsichtigten Abbau des Grenzschatzes die Errungenschaften der Agrarpolitik der letzten 25 Jahre und bietet den Schweizer Bauernfamilien keine Perspektiven. Darin ist sich eine Allianz für eine nachhaltige Landwirtschaft einig, die heute vom Bundesrat eine neue Diskussionsgrundlage verlangte. Francis Egger, Leiter Wirtschaft, Bildung und Internationales wies auf die zahlreichen Widersprüche im Bericht hin: „Wir können nicht mit den Produzentenpreisen in der EU mithalten und gleichzeitig Schweizer Kosten tragen sowie noch höhere Anforderungen in Bezug auf Umweltleistungen und Tierwohl erfüllen. Ebenso wenig sinken die Konsumentenpreise. Vor allem, da das Ganze mit einer Mehrwertsteuererhöhung finanziert werden soll.“ Zudem stehe der Bericht absolut quer zur Abstimmung zur Ernährungssicherheit vom 24. September.

Nachhaltige Importe als Ergänzung zur inländischen Produktion

Dies bestätigte Hansuli Huber, Geschäftsführer des Schweizer Tierschutz (STS): „Wie die meisten der 78.7 % Zustimmenden bei der Abstimmung, erwarten auch wir Tierfreunde und Tierschützer jetzt eine Stärkung einer bäuerlichen, naturnahen und tierfreundlichen Landwirtschaft.“ Nach Meinung des Tierschutzes sollen Importlebensmittel das einheimische Nahrungsmittelangebot ergänzen, aber nicht konkurrenzieren. Und sie müssen in Zukunft aus nachhaltiger Erzeugung stammen. Der schrankenlose weltweite Handel mit Billigprodukten aus Agrar- und Tierfabriken hinterlasse viele Verlierer. Dass im Bericht kein Wort über den nachhaltigen Handel verloren wird, stört auch die grüne Nationalrätin, Biobäuerin, Co-Präsidentin von Hochstamm Suisse und der Fairfood-Initiative Maya Graf: „Die Umsetzung des Artikels 104a verlangt explizit nachhaltige Handelsbeziehungen, das kann der Bundesrat nicht einfach ignorieren. Ich sehe im Bericht auch keine Weiterentwicklung des Biolandbaus oder ökologischer Leistungen zum Beispiel für Hochstammbäume. Wir haben in den letzten Jahren viel erreicht im Bereich Umwelt- und Tierschutz, das dürfen wir nicht aufgeben. Wir müssen weiter daran arbeiten, im In- wie Ausland!“

Auch nächste Stufe der Ernährungswirtschaft betroffen

Von der Gesamtschau ist nicht nur die Landwirtschaft selber, sondern auch die erste Verarbeitungsstufe betroffen. So wird es in unserem Land auch keine Mühlen oder Zuckerfabriken mehr geben, wenn die entsprechenden Rohstoffe nicht mehr lokal angebaut werden. Das bestätigte der Mühlebesitzer und Nationalrat Hansjörg Knecht: „Statt Getreide würde mittelfristig das Mehl importiert. Unsere Mühlen leisten mit ihren dezentralen Lager- und Verarbeitungsstrukturen aber einen entscheidenden Beitrag zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln. Mit der Gesamtschau ist diese Leistung infrage gestellt“.

Diversität und Nachhaltigkeit der Schweizer Produktion akut gefährdet

Verschiedene bäuerliche Vertreter beleuchteten an der Medieninformation weitere negative Folgen der bundesrätlichen Pläne. Anne Challandes, Vorstandsmitglied des Schweizer Bäuerinnen- und Landfrauenverband sorgt sich um die soziale Nachhaltigkeit: „Wir Bauernfamilien arbeiten heute schon viel für bescheidenes Entgelt, was sich auf die Zufriedenheit und den Familienalltag auswirkt. Die Leidsfähigkeit unserer Bauernfamilien ist nicht endlos.“ Sie forderte, dass die Landwirtschaft nicht in erster Linie nach ihrer Wettbewerbsfähigkeit, sondern an ihrer Ernährungsfähigkeit gemessen wird. Die Ernährungsfähigkeit ist ohne wirksamen Grenzschatz vor allem beim Gemüse und Obst gering, wie Jimmy Mariéthoz, Direktor des Verbands Schweizer

Gemüseproduzenten betonte: „Auch wir wollen Wertschöpfung auf dem Markt generieren und die unternehmerische Entfaltung der Betriebe fördern. Um diese Ziele zu erreichen, braucht die Schweizer Gemüseproduktion aber einen funktionierenden Grenzschutz, denn unsere Produktionskosten sind aufgrund des Lohnniveaus ungleich höher als im Ausland.“ Stark betroffen sind auch die kleineren und mittleren Betriebe, wie sie in der Ost-, der Zentralschweiz, weiten Teilen des Mittelland und Berggebiets vorherrschen. Der Engelberger Bergbauer Josef Infanger erinnerte an die Leistungen, die diese Betriebe erbringen. Im Kanton Obwalden sei der durchschnittliche Betrieb 12 Hektaren gross: „Fast alle bei uns, sind auf einen Nebenerwerb angewiesen, um zu überleben. Aber wir pflegen dennoch die Kulturlandschaft und viele Sömmerungsflächen, welche die Grundlage für den Tourismus bildet. Dieser ist beispielsweise für den Betrieb der Skilifte oder den Pistendienst auch auf unsere Arbeitskraft angewiesen. Was passiert in unseren Gegenden, wenn man uns alle wegrationalisiert?“

Fehlende Perspektiven

Die fehlenden Perspektiven für die jungen Landwirtinnen und Landwirte kritisierte auch Christian Schönbächler, Präsident der Junglandwirtekommission, am Bericht des Bundesrats. Er selber steht kurz vor der Hofübernahme in Einsiedeln (SZ), einer Gegend, die ebenfalls von eher kleinen und mittleren Betrieben geprägt ist und infolge der Topografie mit viel Handarbeit verbunden ist. „Der Bundesrat hat uns im Vorfeld der Abstimmung versprochen, dass wir den Selbstversorgungsgrad in der Schweiz halten wollen. Sein Bericht bricht dieses Versprechen und verunsichert die jungen Bauern. Wer entscheidet sich mit solchen Zukunftsaussichten dazu zeit- und geldintensive Innovationen voranzutreiben?“, fragte er. Der Präsident des Schweizer Bauernverbands, Markus Ritter, machte klar, dass die Dachorganisation der Schweizer Landwirtschaft den Bericht nicht als Diskussionsgrundlage akzeptiert: „Unsere Basis hat letzte Woche einstimmig entschieden, ihn dem Bundesrat zur Überarbeitung zurückzusenden.“ Denn der Grenzschutz ermögliche das geforderte Unternehmertum, statt Direktzahlungsoptimierung. „Den Konsumenten tue er kaum weh: Niemand bezahle prozentual so wenig von seinem verfügbaren Einkommen für Lebensmittel wie die Schweizerinnen und Schweizer.“ Zudem bestehe in Anbetracht der internationalen Lage und dem Zustand der Schweizer Wirtschaft kein dringender Bedarf für den Abbau des Grenzschutzes. Der Bundesrat wolle die Schweizer Landwirtschaft ohne Nutzen und Not opfern, kritisierte er. Der SBV sei aber bereit, die Diskussion auf einer neuen Grundlage zu führen, wie Direktor Jacques Bourgeois unterstrich.

Neue Grundlage gefordert

Die Allianz ist sich einig, dass das gemeinsame Ziel eine nachhaltige Landwirtschaft sein muss. Nachhaltig für das Tierwohl und den Schutz der Umwelt im In- und Ausland, nachhaltig für die Diversität der Strukturen und Produktionszweige in der Schweiz, nachhaltig in Bezug auf die wirtschaftliche und soziale Situation der Bauernfamilien und nachhaltig mit Zukunftsperspektiven für die jungen Bauern. Der Bundesrat ist aufgefordert, diesen Ball aufzunehmen und die Agrarpolitik in diesem Sinn weiterzuentwickeln.

Rückfragen:

Markus Ritter, Präsident Schweizer Bauernverband, Mobile 079 300 56 93

Jacques Bourgeois, Direktor Schweizer Bauernverband, Mobile 079 219 32 33

Francis Egger, Leiter Wirtschaft, Bildung & Internationales, Schweizer Bauernverband, Mobile 079 280 69 66

Hansuli Huber, Geschäftsführer Schweizer Tierschutz, Mobil 076 3786070

Maya Graf, Co-Präsidentin Hochstamm Schweiz und Fairfood-Initiative, E-Mail: maya.graf@parl.ch

Hansjörg Knecht, Geschäftsführer Knecht Mühle AG, Tel. 056 247 11 44

Jimmy Mariéthoz, Direktor Verband Schweizer Gemüseproduzenten, Mobile 079 212 31 30

Anne Challandes, Vorstand Schweizer Bäuerinnen- und Landfrauenverband, Mobile 079 396 30 04

Christian Schönbächler, Präsident Schweizer Junglandwirtekommission, Mobile 078 862 27 20

Josef Infanger, Bergbauer Engelberg, Mobile 079 515 28 11

www.sbv-usp.ch